

Wohin treibt die europäische Einigung?

10 Thesen

Wolf Schäfer

Institute for European Integration, Europa-Kolleg der Universität Hamburg

1. Die „europäische Einigung“ wird politisch zunehmend auf eine falsche Spur gelenkt. Der mit den Römischen Verträgen von 1957 erzeugte Aufbruch zur wirtschaftlichen Integration durch Abbau von Grenzen innerhalb der Gemeinschaft, die schließlich zur (weitgehenden) Realisierung der vier Freiheiten des Binnenmarktes, zu mehr Marktwirtschaft und Wettbewerb geführt haben, wird vom Überbau eines politischen Euro(pa)-Konstruktivismus mehr und mehr erstickt: In der EU erdrückt die politische Kartellierung zunehmend den Wohlstand stiftenden institutionellen und ökonomischen Wettbewerb.
2. Der in diese Richtung zielende undifferenzierte Ruf nach „mehr Europa“, nach stärkerer „Vertiefung“ in Form von mehr Harmonisierung und Zentralisierung ist deshalb das Gegenteil eines auf individueller Freiheit und Vielfalt, auf Subsidiarität und Wettbewerb basierenden Europas. Wenn, was zu befürchten ist, die wegen der Euro-Krise neu gebildete Kommission um Barroso, Draghi, Juncker und van Rompuy Vorschläge zu einer stärker kollektivistischen Europa-Finalität unterbreiten, treibt sie die EU in einen bürgerfernen institutionellen Zentralismus, der schon in den vergangenen Großexperimenten des Kollektivismus weltweit gescheitert ist.
3. Ein verstärkter EU-Zentralismus verträgt sich zudem nicht mit der von der EU gleichzeitig verfolgten Politik der Erweiterung um neue Mitglieder. Warum nicht? Weil große Integrationsräume heterogener sind als kleine, ihre Bürger haben unterschiedliche Präferenzen, Kulturen, Sitten und Gebräuche, Religionen, Sprachen, Einkommen usw. Heterogenität verträgt sich mithin nicht mit mehr Zentralisierung, sondern nur mit dem Gegenteil: mehr Dezentralisierung. Dadurch werden die Heterogenitätskosten gesenkt, aber durch politikerzeugte zentrale Homogenierung steigen sie an. In der Finalitätsdiskussion muß sich die EU entscheiden, was sie will: Mehr Vertiefung oder mehr Erweiterung? Am besten ist, man befragt die Bürger.
4. Die als politisches Konstrukt ohne genügend fundierte institutionelle und ökonomische Absicherung eingeführte Gemeinschaftswährung Euro ist für Europa ein Desaster. Die Euro(pa)-Politiker preisen in rhetorisch pathetischer herkunftskultureller Überhöhung die Euro-Zone als „Schicksalsgemeinschaft“, als eine Sache von „Krieg und Frieden“, zur moralischen Rechtfertigung ihrer für den europäischen (und

insbesondere deutschen) Steuerbürger kostenexplosiven Rettungsschirmkonstrukte. Sie kennen nicht oder negieren die nüchternen ökonomischen Grundlagen für ein gutes Funktionieren von Währungsunionen als pathoslose Zweckverbände: Glaubwürdige anreizeffiziente Regeln für die Eigenhaftung der Mitglieder (Beistandsverbot, no bail out), gegen die zu verstoßen nicht lohnt, weil Sanktionen folgen.

5. Das Einhalten solcher Regeln gelingt dann, wenn die Mitgliedsländer relativ homogen in Struktur und Stabilitätsorientierung sind. Das ist in der Euro-Zone nicht der Fall. Mit politisch erzwungener „Solidarität“ wird diese Tatsache im Mainstream des politischen Gutmenschentum sowie der politischen Opportunität chloroformiert und wird mit einer öffentlichen Stigmatisierung derjenigen als Anti-Europäer begleitet, die nicht den euro-kollektivistischen Rettungsschirmen, sondern der Eigenverantwortung der Staaten das Wort reden. Auf diesem Weg, der die Staaten- und Bankenverschuldung politisch und zudem noch EZB-geldpolitisch (nicht zuletzt auch über das TARGET-System) geradezu grenzenlos akkomodiert, hat die „europäische Einigung“ keine Zukunft. Sie degeneriert vielmehr ins Gegenteil: zum integrationspolitischen Sprengsatz.
6. Dies ist umso stärker der Fall, je mehr die Euro-Zone über die Rettungsschirmkonstrukte zu einer Transfer- und Haftungsgemeinschaft ausgebaut wird. Rettungsschirme geben falsche Signale. Zum ersten dadurch, daß sie die Politik der Mitgliedsländer von den internationalen Marktbewertungen durch Zinssätze und Risikoprämien abschotten und durch politisch genehme Bewertungen ersetzen. Und zum zweiten durch Moral Hazard: Jedes überschuldete Land kann darauf vertrauen, dass die Regierungen der Eurozone seine Staatsinsolvenz letztlich verhindern werden. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß manche politischen Konditionalisierungen in Rettungsschirmaktionen formell zwar eingebaut sind, aber kein Land faktisch befürchten muss, bei Nichteinhaltung der ihm vorgegebenen Auflagen nicht doch letztendlich „gerettet“ zu werden. Das zeigt die politische Empirie der Euro-Historie in bedrückender Klarheit.
7. Eine transnationale Haftungsunion, wenn sie zwischen wirtschafts- und fiskalpolitisch stark heterogenen Ländern funktionieren soll, setzt eine dieser Heterogenität entsprechende belastbare Solidarität der Bürger der Geber- zu denen der Nehmerländer voraus. „Koste es, was es wolle“: Eine derartig anspruchsvolle politisch geforderte Transfer-Solidarität der Geber zu den Nehmern kann nur in einer Jurisdiktion funktionieren, die einem Bundesstaat entspricht, in dem die mit stärkerer national- als transnational-solidarischer Empathie ausgestatteten Zahler gegenüber den Empfängern die geforderte Solidarität aufbringen. In einem Staaten(ver)bund läßt sich eine der national-solidarischen Haftungsbereitschaft entsprechende Solidaritätsneigung der Bürger nicht erzeugen.
8. Zwei Alternativen des Denkens tun sich auf. Mit der ersten sympathisieren die politischen Rettungs-Europäer: Wenn wir nunmehr eine Transferunion installiert haben, die nur in einem Bundesstaat funktionieren kann, dann muß die EU

institutionell jetzt in diese Richtung weiterentwickelt werden. Die aktuellen Stichworte heißen: Fiskalpakt, Eurobonds, Schuldenvergemeinschaftung, Europäische Wirtschaftsregierung. Die Transferunion, damit sie funktioniert, wird damit zum Vehikel für einen beschleunigten Integrationsprozeß in Richtung bundesstaatlicher Finalität erkoren. Diese Politikvariante dominiert zurzeit die europapolitische Agenda. Die zweite Denkalternative ist realistischer. Sie hält einen europäischen Bundesstaat nicht nur für nicht erstrebenswert, sondern auch für utopisch. Denn es gibt keinen gemeinsamen europäischen Bürgerwillen zu einem Europa als Bundesstaat und damit zu nahezu unbegrenzter Zahlensolidarität. In dieser Perspektive ist die integrationsfördernde Vehikeltheorie der Transferunion obsolet: Also keine Rettungsschirme und Brandmauern, keine Eurobonds und Schuldenvergemeinschaftung, keine europäische Wirtschaftsregierung, sondern Subsidiarität und Eigenverantwortung als zentrale Organisationsprinzipien der europäischen Integration.

9. Wie geht es weiter? Es ist klug, sich auf den baldigen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone ökonomisch und politisch vorzubereiten. Es ist rational, nicht zu erwarten, daß die Exit-Option aus der Euro-Zone allein bei Griechenland hängenbleibt. Es ist vielmehr weitsichtig, davon auszugehen, daß weitere Krisenländer über kurz oder lang Griechenland folgen werden. Deshalb ist es vernünftig, für die mittlere und längere Frist zu erwarten, daß die Euro-Zone zusammenschrumpft auf einen Kern von Mitgliedern, die willens und in der Lage sind, die notwendigen Regeln für eine funktionsfähige Euro-Währungsunion zu erfüllen. Es wäre erfreulich, diese Entwicklung nicht als Schwächung, sondern im Gegenteil als Stärkung des verbleibenden Euro-Währungsclubs zu klassifizieren. Es ist deshalb sachdienlich zu erkennen, daß ein solcher Euro dann überhaupt keinen „Rettungsschirm“ welcher Art auch immer benötigt. Schließlich ist es ehrlich zuzugestehen, daß – wie die Erfahrung seit der Euro-Einführung 1999 zeigt – politischer Währungskonstruktivismus gegen marktliche Fundamentalprinzipien nicht erfolgreich ist: in der Vergangenheit nicht, heute nicht, zukünftig nicht.
10. Europa wird zunehmend sozialistisch regiert. Trotz oder gerade wegen der schleichenden Expansion sozialistischer Politikarrangements sollte die Erfahrung lehren: Im Machtspiel zwischen Politik und Markt zieht die Politik längerfristig stets den Kürzeren, wenn sie ihre konstruktivistischen Desiderata gegen den Willen der Bürger und gegen die Bewertungskraft der Märkte durchzusetzen versucht.